



Wochentäglicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
orts 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Zeile in Petitschrift 3 Sgr.

Nr. 72. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 12. Februar 1873

Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesrates.

Vom 8. Februar 1873.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. c.

verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des Deutschen Reichs was folgt:

Der Bundesrat wird berufen, am 17. Februar d. J. in Berlin zusammen zu treten, und beauftragen wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigehändigen Unterschrift und bei gedrucktem Kaiserlichen Instiegel.

Gegeben Berlin, den 8. Februar 1873.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (11. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerial mehrere Commissarien.

Die Bänke des Hauses sind nur mäßig besetzt, denn die heutige Sitzung ist der Beratung von minder wichtigen Vorlagen und der Ausarbeitung von Resten gewidmet, wenn man diese Bezeichnung im Gegensatz zu den großen Gesetzentwürfen von einschneidendster Bedeutung brauchen darf, welche neben dem Budget für 1873 die zahlreichen Commissionen des Hauses in so hohem Grade belasten, daß Austrittserklärungen aus der einen Commission, um den Ansprüchen einer anderen zu genügen, nicht selten sind.

Obre Discussion wird der Etat der königl. Porzellan-Manufaktur (Ausgabe 148,000 Thlr., Einnahme 158,000 Thlr.) genehmigt und so dann in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Cautionen der Staatsbeamten eingetreten, den die Justiz-Commission nur unwe sentlich anwendbar hat.

Dem § 1 des Entwurfs, „Beamte, welchen die Verwaltung einer dem Staate gehörigen Kasse oder eines dem Staate gehörigen Magazins, oder die Annahme, die Aufbewahrung oder der Transport von, dem Staate gehörigen oder ihm anvertrauten Gelben oder geldwerten Gegenständen obliegt, haben dem Staate für ihr Dienstverhältniß Caution zu leisten“, beantragt Abg. Ebel hinzuzufügen: „Dasselbe gilt von solchen Beamten, welchen vermöge ihres Amtes anberwichtig die Annahme, die Aufbewahrung oder der Transport fremder Gelder oder geldwerten Gegenstände obliegt.“

Ferner Ref. Roscher als neuen § 2: Sofern nach bisherigem Rechte gewisse Kassen von Staatsbeamten noch aus anderem als den im § 1 bezeichneten Gründen zur Stellung einer Amtscitation verpflichtet sind, können dieselben auch ferner dazu herangezogen werden.“

Geh. Justizrat Rindfleisch: Nachdem die Reichsgesetzgebung seit einem Jahre in dieser Materie vorgegangen ist, hat die Regierung, den betreffenden Bestimmungen des Reichsgesetzes entsprechend in § 1 die Kategorien von Beamten bezeichnet, deren Anstellung eine Caution erfordert. Die Regierung erkennt aber an, daß die beantragten zwei Zusätze dem Zweck des Gesetzes und ihrer eigenen Anschauung entsprechen und erklärt sich damit einverstanden. — Darauf wird § 1 mit dem beantragten Zulatz und der neue § 2 angenommen. Zu § 5, dessen letzter Abschnitt lautet: „Die Binschäne für einen vier Jahre nicht übersteigenden Zeitraum werden dem Cautionstypeller belassen, beziehungsweise nach Ablauf dieses Zeitraums oder nach Ausreichung neuer Binschäne verabschiedet. Die Einziehung der neuen Binschäne erfolgt durch die Kasse. Letztere hat nicht die Verpflichtung, die Auslösung der niedergelegten Wertpapiere zu überwachen“, beantragt Windthorst (Dortmund), das Wort nicht zu streichen. Der Regierungs-Commissar bittet die Siedlung abzulehnen, da sonst die Arbeitslast bei den einzelnen Kassen außerordentlich wachsen würde, das Gesetz aber gerade eine Vereinfachung und erleichterung der Arbeit ins Auge fasse. Abg. Windthorst empfiehlt sein Amendement im Interesse der cautionstellenden Beamten. Die Verwalter der Kassen hatten schon bisher, auch ohne durch das Gesetz verpflichtet zu sein, aus einem gewissen Anstandsgefühl die Auslösung der eingelagerten Papiere überwacht.

Nachdem der Regierungs-Commissar darauf hingewiesen, daß das Reichsgesetz die betreffende Verpflichtung ausdrücklich aufgehoben hat, wird das Amendement mit geringer Majorität abgelehnt. Demnächst werden die übrigen §§ ohne Debatte nach dem Commissionsantrage angenommen mit einem neuen vom Referenten Roscher beantragten § 16: „Die Bestimmungen in den §§ 52—58 der Notariats-Ordnung für das vormalige Königreich Hannover vom 18. September 1853 (Hannoversche Gesetz-Sammlung 1853 I, S. 345) werden aufgehoben. Die Rückgabe der von den dortigen Notaren gestellten Cautionen erfolgt nach Maßgabe der Vorschrift im zweiten Absatz des § 58 des angezogenen Gesetzes.“

Es folgt die erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Verfassung der Amtsverbände und des Landescommunalverbandes in den hohenzollernschen Landen.

Abg. Ebel: Ich muß der Regierung dafür danken, daß sie so schnell nach Emancipation der Kreisordnung dazu geschritten ist, daß uns gegebene Versprechen, die Selbstverwaltung der Communen in den hohenzollernschen Landen gefügt ins Leben zu rufen, eben so für die Art und Weise, wie sie das Material gesammelt und eingehend gestaltet hat. Sie hat im vorigen Jahre einen Commissar dorthin gesandt, der nach gründlichem Studium der Verhältnisse eine Versammlung von Vertrauensmännern berief, der die Grundlagen dieses Gesetzes unterbreitet wurden. Ich erkenne es dankbar an, daß bei dieser Versammlung nicht auf politische Anschauungen, sondern allein auf Sachkunde der Persönlichkeiten Rücksicht genommen wurde. So entspricht das Gesetz im Ganzen den Wünschen und Bedürfnissen des Landes. Einzelne wünschenswerthe Modificationen behalten wir uns für die Speciadebatte vor. Um für diese Zeit zur genaueren Information zu gewinnen, beantrage ich, die zweite Beratung des Gesetzes von der heutigen Sitzordnung abzusezten.

Damit schließt die erste Beratung, eine Verweisung an eine Commission wird nicht beliebt, die zweite Beratung aber dem Antrage Ebel gemäß von der heutigen Sitzordnung abgezögert.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzes, betr. die Theilung des Kreises Sternberg in einen ersten und zweiten Sternberger Kreis.

Abg. Kiepert: Aus einer Petition von Kreisinsassen geht hervor, daß die Sache auf dem Kreistage ihre völlige Erledigung nicht gefunden hat; die Theilung läge gar nicht in dem Wunsche der Kreisstände. Die Frage, ob überhaupt die Theilung notwendig sei, wurde auf dem Kreistage gar nicht zur Debatte zugelassen, weil nur darüber zu discutiren wäre, wie der Kreis getheilt werden sollte. Ich richte an die Staatsregierung die Frage, ob der Sachverhalt so ist; ob eine Theilung notwendig ist und im Interesse des Kreises liegt. Ich hatte beantragt, die neuen Kreise als „Drossener und Zielenziger“ Kreis zu bezeichnen, schließe mich aber der Benennung „Ost- und West-Sternberger Kreis“, die Herr von Waldau-Reichenstein vorschlägt, gern an.

Geh. Rath v. Leibnitz: Aus dem Protokoll des Sternberger Kreistages ist mir erinnerlich, den vom Vorredner erwähnten Antrag gelesen zu haben. Die Sache ist auch sehr irrelevant. In neuerer Zeit sind Kreistheilungen vorgenommen, trotzdem sich der Kreistag entschieden dagegen erklärte. Die Ausführung der Kreisordnung ohne eine Theilung würde auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Im Uebrigen ist die Staatsregierung mit dem Amendement des Abg. v. Waldau einverstanden.

Abg. v. Waldau-Reichenstein: Im ganzen Kreise Sternberg ist jetzt die Ansicht verbreitet, daß die Kreisordnung ohne die Kreistheilung nicht ausgeführt werden könne. Es liegt den Einwohnern nur daran, den alten Namen beizubehalten. Sternberg ist niemals Kreisstadt gewesen, sondern Zielenzig und Drossen. Aber in einer Urkunde aus dem Jahre 1411, die Kaiser Sigismund ausgestellt hat, heißt es: „Die Kurmark mit

Einfluß des Landes Sternberg“. Diesen alten Namen möchte ich durch meinen Antrag erhalten sehen.

Das Haus beschließt in diesem Sinne: „Aus dem Kreise Sternberg im Regierungsbezirke Frankfurt werden die beiden Kreise West-Sternberger Kreis und Ost-Sternberger Kreis gebildet.“

Demnächst referiert Abgeordneter Lauenstein im Namen der Geschäftsordnung-Commission über die beiden Schreiben des Justizministers, welcher anfragt, ob das Haus zur strafrechtlichen Verfolgung der „Coblenzer Volkszeitung“ und des „Voten für Stadt und Land“ in Xanten seine Ermächtigung ertheilen wolle. Die Commission schlägt vor, der alten Praxis des Hauses gemäß die Ermächtigung nicht zu ertheilen, weil dieses seiner Würde nicht entspreche. Selbstverständlich hat Niemand etwas gegen diesen Antrag zu erinnern.

Schließlich referiert v. Mischke-Collande über die Ausführung der Gesetze wegen Aufhebung des Staatschäzes und Verwendung der Einnahmen aus Zoll- und Steuercrediten.

Die Commission zur Prüfung der allgemeinen Rechnungen erklärt, daß durch den vorgelegten Bericht die Rechenschaft als geführt zu betrachten sei. Die aus dem Staatschäz entnommenen 30 Millionen Thaler haben die fünfprozentige Anleihe von 1853 ganz getilgt und der Rest ist zur 20-fachen Ablösung der Renten verwendet worden. Von den Einnahmen aus den Steuer- und Zollcrediten sind neun Millionen Thaler für Eisenbahnen und fünf Millionen Thaler zur Tilgung von Renten verwendet worden.

In derselben Weise berichtet v. Webell-Malchow, daß die Ablegung der Rechenschaft bezüglich der Consolidation unserer Staatsanleihen nach Beschluss derselben Commission als perfect zu betrachten sei. In beiden Fällen tritt das Haus diesen Anträgen bei.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die Sitzungen am Mittwoch sind bekanntlich den Anträgen aus der Mitte des Hauses und der Beratung von Petitionen gewidmet. Demgemäß erwartete man allgemein, daß der Antrag des Abgeordneten Lasker auf Einschaltung einer Untersuchungs-Commission für das Eisenbahn-Concessionen die erste Stelle auf der Tagesordnung für morgen (Mittwoch) einnehmen werde. Aber Präsident v. Fodenbeck schlägt vor, morgen keine Plenarsitzung abzuhalten, um der Budgetcommission die Möglichkeit zu schaffen, mit ihren Arbeiten voranzutreten, vorausgesetzt, daß der Antragsteller dem nicht widerspricht. Abg. Lasker hat nichts dagegen, wenn die Sitzung morgen ausfällt, vorausgesetzt, daß ihm statt dessen ein anderer Tag in dieser Woche für die Zwecke des Schwerinstages reserviert wird, da er das größte Interesse daran hat, die Entscheidung des Hauses über die geschäftliche Behandlung seines Antrages möglichst bald herbeigesetzt zu sehen. Der Präsident ertheilt diese Zustage unter Zustimmung des Hauses mit dem Bemerk, daß der stenographische Bericht über die Freitagsitzung, in dessen Besitz man sich befinden müsse, bevor über jenen Antrag verhandelt werde, trotz aller Anstrengung noch nicht habe ausgegeben werden können.

Schluß 1 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Stat des Handelsministeriums, Gesetzentwurf betr. die Theilung des Kreises Beuthen, Wahlprüfung)

Berlin, 11. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Ober-Bau-Inspectoren: Hermann Kirchhoff in Marienwerder, Eduard Heldberg in Minden, Georg Voigts in Hannover und Georg Carl Heinrich Pampel in Stade zu Regierungs- und Bauräthen ernannt, sowie dem Baumeister und Lehrer der landwirtschaftlichen Boule und an der landwirtschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf, Friedrich Carl Schubert, den Titel Baurath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dürr in Laasphe ist in derselben Eigenschaft, unter Verleihung des Notariats im Departement des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein, an das Kreisgericht in Wetzlar, mit Anweisung seines Wohnsitzes derselbst, versetzt worden. — Der Advokat Schwarzk zu Aachen ist zum Anwalt bei dem Königlichen Landgericht derselbst ernannt worden.

Berlin, 11. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern um 11 Uhr den Commandeur des 1. Ulanen-Regiments Obersten von Pestel und ließen sich hierauf vom Civil-Gabinet Bortrag halten. Um 1 Uhr fuhren Allerhöchstdieselben nach Charlottenburg, um Ihrer Majestät der verwitweten Königin einen Condolenz-Besuch bezüglich des Ablebens der Kaiserin-Wittwe von Österreich abzustatten. Zum Diner waren keine Einladungen erfolgt.

Heute um 11 Uhr nahmen Se. Majestät im Beisein Sr. Königlichen Hohen des Prinzen August von Württemberg und des Commandanten einige militärische Meidungen entgegen, empfingen sodann den Polizei-Präsidenten und arbeiteten hierauf mit dem Chef des Militär-Cabinets. Mittags fuhren Allerhöchstdieselben spazieren und conserierten vor dem Diner mit dem Handelsminister Grafen Tzenplich.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 147. Königl. preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstraße 168,

ohne Gewähr.

Aus dem Berliner Fremden- und Anzeigebatt. (Nur die Gewinne über 30 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heutigen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

70. 139. 40. 75. 77. 92. 221. 493. 524. 35. 620. 22. 81. 98. 803. 23. 60. 936. 93. 1069. 74 (40). 129. 53. 262. 71. 384. 418. 64. 544. 56. 620. 29. 93. 737. 65. 90. 885. 86. 92 (100). 908. 48. 2022. 60. 91. 116. 30. 47. 69. 214 (40). 406. 18. 563. 88. 617. 707. 58. 65 (40). 69. 842. 916. 59. 81 (50). 3020. 117. 23. 78. 261. 455. 75. 513 (40). 15. 29. 708. 15. 70. 74. 832. 94. 97. 4036. 95. 135. 260. 76. 78. 83 (40). 317. 47. 409. 54. 57. 71. 572. 636. 86. 965 (40). 5031. 43. 59. 73. 182. 252. 97. 99. 331. 35. 42. 54. 429. 37. 93. 506. 35. 708. 845. 961. 6017. 46. 185 (600). 185 (40). 95 (60). 203. 8. 16. 46. 68 (40). 94. 319. 58. 87. 401. 14. 71. 85. 89. 528. 615. 30. 840. 900. 11. 15. 21. 42. 51. 63. 7029. 38. 200. 8. 414. 86. 598. 747. 80. 97. 828. 58 (50). 60. 81. 929. 80. 8070. 206 (40). 95 (60). 97. 404. 75. 92. 684. 713. 76. 810. 83. 921. 43. 47. 9003. 63. 77. 151. 228 (40). 41. 83. 89. 96. 347. 82. 502. 4 (40). 17. 52. 99. 612 (40). 36. 84. 739. 71. 819. 970.

10,031. 53. 106. 31. 91. 225. 27. 87. 318. 30 (40). 51. 61 (40).

452. 600. 29 (40). 744. 824 (40). 961. 94. 11,234. 315. 24. 93. 412 (50). 67. 562. 99. 640. 797. 814. 21. 34 (80). 955. 12,047. 98. 122. 66. 90. 96. 216. 34. 40. 238. 526. 81. 92. 699. 722. 64. 874. 82. 87. 94. 92 (40). 943. 89. 13,071. 36. 45. 209. 22. 33 (40). 80. 86. 98. 398. 406. 25 (60). 89. 507. 24. 49. 75. 89. 696. 702. 837. 49. 996. 14,064. 147. 98. 221. 39. 311. 15. 48. 483. 86. 507. 60. 615. 72. 789. 860. 900. 15,002. 14. 85. 120. 48. 63. 67. 73. 240. 46 (40). 332. 403. 30. 68. 501. 19. 70. 81. 628. 37. 68. 81. 745. 59. 846. 939. 71. 76. 82. 16,090. 113. 222. 24 (40). 53. 56. 66. 93 (10). 448. 55. 506. 16. 37. 662. 77 (40). 98 (40). 99. 778. 87. 863. 967. 17,029. 88. 89. 99. 263 (40). 69. 93. 369. 415. 62. 621. 703. 39. 67. 73. 90. 832. 85. 921 (40). 73 (40). 86. 18,005. 13. 33. 205. 30. 49. 335. 41. 43. 456. 65. 528. 59. 84. 643. 66 (40). 99. 704 (40). 53. 75. 940 (40). 45. 19,050. 51. 53 (40). 104 (50). 62. 207. 28 (40). 56. 75. 441. 90. 662. 701 (40). 44. 52. 75. 803. 13. 945. 80.

20,011. 51. 77 (60). 101 (40). 369. 437 (60). 46. 66 (40). 87. 509. 25. 32. 634. 51 (50). 709 (40). 21. 57. 805. 10. 37. 40. 54. 21,003. 148. 51. 88. 300. 4. 11. 59. 471. 77. 681. 732. 35. 44 (40). 47. 51 (40). 860. 973. 22

der Verichtigung gegeben und die etwa erforderliche Richtigstellung von Thalsachen ihnen überlassen. Unmöglich kann dem Eingreifen Fremder in die parlamentarischen Verhandlungen stattgegeben werden.

[Neuwahl.] Einer der „Nat. Ztg.“ aus Greifswald zugegangenen Privatbescheide zufolge ist bei der heute dort vorgenommenen Ersatzwahl für den 2. Stuhl unter Wahlbezirk (Grimmen-Greifswald) im dritten Wahlgange Rechtsanwalt v. Wahl (nationalliberal) mit 161 Stimmen gegen den früheren Abgeordneten des Wahlkreises v. Behr-Schmidow, welcher 90 Stimmen erhielt, zum Landtags-Abgeordneten gewählt worden. Es hatte darauf noch eine zweite Ersatzwahl für den ebenfalls durch Mandatsniederlegung aus dem Abgeordnetenhaus gescheiterten Landrat v. Wedell-Menzlin stattzufinden.

[Der hier selbst als Abgeordneter des Kreises Harburg anwesende Kaufmann Weusthoff,] welcher, wie erwähnt, in dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren auf Nichtzulassung zum Kirchenvorstand durch die Kirchen-Kommission zu Harburg zur Erklärung darüber aufgesfordert worden war, wann er zum letzten Male am heiligen Abendmahl Theil genommen habe, hat (wie die „Nat. Ztg.“ meint) „selbstverständlich erwirkt, daß er es ablehnen müsse, auf derartige, mit dem protestantischen Prinzip nicht vereinbare inquisitorische Anfragen eine Antwort zu ertheilen.“

[Das Staats-Ministerium] ist heute um 1 Uhr in den Räumen des Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung zusammengetreten, welcher auch Fürst Bismarck beigewohnt hat. Man darf wohl annehmen, daß es sich um die Stellung der Regierung zu dem Lasker'schen Antrage auf Einsetzung einer Untersuchungs-Kommission gehandelt hat. Allen Gerüchten, daß in der ganzen Angelegenheit schon Beschlüsse gefasst worden seien, muß wiederholt entgegengetreten werden. Es ist zunächst die von Herrn Wagener eingeforderte Rechenschafts-Darlegung abzuwarten.

[Kinderpest in Russland.] Nach offiziellen Nachrichten sind der Kinderpest in Russland in den ersten zehn Monaten des verflossenen Jahres mehr als 300,000 Stück Kindvieh zum Opfer gefallen. Es ist hieraus deutlich zu erkennen, welche Gefahr unsern Kindviehherden von dort durch Ansteckung droht und wie hoch die Maßregeln anzuerkennen sind, welche gegen die Einschleppung ergriffen worden.

O. C. [Verichtigung.] Aus unserem Bericht über die Reise des Abg. Lasker in der Sitzung vom 8. d. M. könnte herangelesen werden, daß der Abg. v. Schorlemmer-Aßt zu den Gründern der Pommerschen Centralbahn gehört. Der genannte Herr ist aber weder Mitglied eines Verwaltungs- oder Aufsichtsrathes einer Eisenbahn, noch irgend einer Aktiengesellschaft, wie wir ausdrücklich zu erklären versprochen sind.

Posen, 11. Februar. [Vernehmungen.] In der Angelegenheit der Beschagnahme der „Posener“ und der „Ostdeutschen Zeitung“ wegen Veröffentlichung des auf Deutschland bezüglichen Passus der päpstlichen Weihnachtsallocution sind auf Requisition der Staatsanwaltschaft die beiden Chefredakteure der genannten Blätter heute von dem Untersuchungsgerichte vernommen worden.

Dresden, 11. Februar. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] interpellte der Abg. Biedermann den Justizminister Abecker darüber, welche Stellung Sachsen bei den bevorstehenden Conferenzen über Organisation der Gerichte zu der Frage über Errichtung eines obersten Reichsgerichtshofs und betreffs der Geschworenengerichte einzunehmen gedenke. Die vom Justizminister darauf abgebene Erklärung wurde von dem Interpellanten als ihn nicht befriedigend bezeichnet. Die beiden Städteordnungen wurden heute ebenfalls genehmigt.

A m e r i k a .

New-York, 26. Januar. [Der Vorschlag des Senators Morton, den Modus der Präsidentenwahl abzuändern], ist von höchster Wichtigkeit. Während jetzt das Volk Electoren erwählt, denen es überlassen ist, den Präsidenten zu erwählen, verlangt Herr Morton, daß jeder stimmberechtigte Bürger direct für den Präsidentschaftskandidaten votiren soll. Das jetzige System schließt große Gefahren in sich. Bei einer so überwiegenden Majorität, wie sie die letzte Wahl darbot, treten dieselben weniger zu Tage, bei nur geringer Stimmenmehrheit ist aber der Fall möglich, daß der Minoritätskandidat widerrechtlich das Amt antreten könnte. Zwei Staaten, Arkansas und Louisiana, haben diesmal zwei verschiedene Electoren-Elisten erwählt, von denen jede die legale zu sein behauptet. Die Entscheidung hierüber steht dem Vorständen des Senates zu und ist diesmal nur von theoretischer Bedeutung, da Präsident Grant, unabhängig von Arkansas und Louisiana, eine überwiegende Stimmenmehrheit erhalten hat. Der Fall könnte jedoch eintreten, daß die Wahl von der Majorität eines einzigen Staates abhänge, und in Hinsicht auf eine solche Möglichkeit, die in keiner Weise außerhalb einer vernünftigen Berechnung liegt, würde die Annahme des Morton'schen Vorschlags alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen und die willkürliche Entscheidung nicht dem Senat, sondern dem Volke selbst, wo sie hingehört, überlassen. Auch ein anderer Missstand, welcher bei der letzten Wahl zu Tage trat, könnte in Zukunft dadurch vermieden werden. Verschiedene Electoren, welche von den Anhängern Greeley's ernannt worden waren, gaben ihre Stimmen zu Gunsten Grants ab und widersprachen damit den Wünschen ihrer Wähler. Es bedeutet nichts, daß auch ohne dies Verfahren das Endresultat diesmal dasselbe geblieben wäre; ein gutes Gesetz sieht alle möglichen Fälle voraus und Senator Morton's Plan verdient die sorgsame Erwähnung.

[Bundesbeamte in Staats- und Municipalämtern.] Der ungewöhnliche Einfluß, welchen Bundesbeamte in New-Orleans auf die dortige Politik ausgeübt, hat den Präsidenten veranlaßt, eine Ordnung, welche bisher nur auf Louisiana Anwendung fand, auf die Bundesbeamten in sämtlichen Staaten auszudehnen und ihnen zu verbieten, Staats- und Municipalämter zu besetzen. Die Absicht des Präsidenten ist gewiß eine lobenswerte, zur Ausführung derselben bedarf er aber der Zustimmung des Senats, denn mit Ausnahme weniger untergeordneter Stellen hat der Präsident weder ein unbedingtes Anstellungs- noch Absetzungsberecht. Demnach ist diese Verbesserung, ebenso wenig wie die Reform des Civilbureaus, vom Präsidenten allein ins Leben zu rufen, und die Gegner der Administration sollten Herrn Grant mit ihren Vorwürfen verschonen, wenn sich die guten Absichten vom Papier aus nicht so leicht in die Wirklichkeit übertragen lassen. Thäte der Congress seine Pflicht in gleicher Weise wie der Präsident, so stände es mit Vielem besser.

[Die Forderungen des Marineministers.] Drei Tage hat es gedauert, bevor der Senat über die Forderung des Marine-Ministers ins Reine kommen konnte. Im Repräsentantenhaus waren vor Weihnachten statt der vom Ministerium verlangten zehn Schiffe nur sechs bewilligt worden. Als das Gesetz nun an den Senat gelangte, empfahl dessen Ausschuß für die Flottenangelegenheiten, die ursprünglichen Forderungen des Marine-Ministers zu genehmigen. Der demokratische Senator Hamilton aus Maryland erklärte sich dagegen, weil große Heere und große Flotten freiheitsgefährlich seien und diese daher so klein als die Sicherheit nur irgendwie gestatte, bleiben müssen. Der Senator für Nevada trat nun mit einer Vorrede auf die Flotte auf, und als der kalifornische Senator (Republikaner) erklärte, daß eine Hinzufügung von sechs Schiffen genüge, und die Gesetzgebung besser

thun würde, die Interessen des Handels als die der Kriegsflotte zu fördern, erklärte der demokratische Senator Stockton aus New-Jersey, daß das Land so gut wie gar keine Flotte habe, und daß man sie lieber ganz sollte eingehen lassen, wenn man sich weitgere, sie mit den Flotten anderer Staaten auf gleichen Fuß zu bringen. Der demokratische Senator für Delaware, Bayard, stellte das Amendement, daß drei Schiffe wenigstens aus Eisen sein sollen; dasselbe wurde jedoch zurückgewiesen. Schließlich wurde der Vorschlag des Ausschusses, die Zahl sechs wieder auf zehn zu erhöhen, mit 39 gegen 8 Stimmen angenommen, und so wird denn die Vorlage an das Repräsentantenhaus zurückgehen.

[Die Titel „Admiral“ und „Vice-Admiral.“] Beide Häuser haben eine Vorlage genehmigt, nach welcher die Titel „Admiral“ und „Vice-Admiral“ in der Flotte der Vereinigten Staaten nach dem Tode der jetzigen Admirale und Vice-Admirale abgeschafft werden.

[Colorado und Utah.] Wie bereits gemeldet, war dem Congresse eine Bill betreffs Aufnahme Colorados und Utahs als 38. und 39. Staaten vorgelegt worden. Es wird gar stark bezweifelt, ob diese Bill durchgehen wird. Einmal hat keiner dieser beiden Staaten die erforderliche Bevölkerung, 138,000, um einem Mitgliede im Congress Eingang zu verschaffen, und man will daher diese Staaten veranlassen, abzuwarten bis sie so groß geworden sind. Andererseits sind die älteren und größeren Staaten unzufrieden, daß Staaten von solch geringer Bedeutung im Senate gleiches Recht wie Newyork und Pennsylvania haben sollen, und man hat an den Weststaaten Nebraska und Nevada, deren Vertretung im Senate bei der geringen Bevölkerung, erfaßt worden seien, muß wiederholt entgegengetreten werden. Es ist zunächst die von Herrn Wagener eingeforderte Rechenschafts-Darlegung abzuwarten.

[Kinderpest in Russland.] Nach offiziellen Nachrichten sind der Kinderpest in Russland in den ersten zehn Monaten des verflossenen Jahres mehr als 300,000 Stück Kindvieh zum Opfer gefallen. Es ist hieraus deutlich zu erkennen, welche Gefahr unsern Kindviehherden von dort durch Ansteckung droht und wie hoch die Maßregeln anzuerkennen sind, welche gegen die Einschleppung ergriffen worden.

[Das Post-Comité des Repräsentantenhauses] hat am 20. d. M. einstimmig beschlossen, eine Bill einzubringen, nach welcher das Briefporto um einen Cent erhöht wird, d. h. nur zwei Cent bezahlen und Francaturzwang für Drucksachen eingeführt werden soll. Es wurden nämlich während des Jahres 1872 etwa 1,500,000 Zeugungen u. s. w. befördert, die 2,292,307 Dollars einbringen sollten, aber wegen des nicht bestehenden Francaturzwangs und der dadurch ermöglichten Missbräuche, nur 985,940 Dollars eingebraucht haben. Diese Drucksachen, welche dem Staate weniger als eine Million abgeworfen haben, hatten ein zwanzigmal größeres Gewicht als die Briefe, für die 19½ Millionen gezahlt wurden. Zur Portoherausleitung hat die bei dem Porto nach England gemachte Erfahrung geführt. Obwohl nämlich das Porto von und nach England von 24 bis auf 6 Cent herabgesetzt worden ist, so ist doch die daraus entstehende Entnahmehaft nicht geringer. Eine dritte Veränderung im Postwesen hat der Generalpostmeister selbst angeordnet, daß nämlich verboten ist, Frauen von den Postbehörden verlangen dürfen, daß die für sie bestimmten Briefe an keinen andern als an sie selbst ausgeliefert werden sollen. Der gute Generalpostmeister hat offenbar aus freundlicher Vorsorge für die Ruhe seiner Mitbürgen diese Verordnung getroffen; denn dadurch können gewisse Briefe nicht in unrechte Hände fallen.

[Der Schäfer mit der Samana-Bay] bildet noch immer das Gespräch des Tages, und neue Nachrichten und neue Vermuthungen werden fortwährend gehörig. Wie verlautet, beläuft sich das wirklich zu Gebote stehende Capital auf 800,000 £., in Antheilscheinern à 100 £. Die Gesellschaft hat jedoch das Recht, durch eine Zweidrittel-Majorität das Capital zu vergrößern. Es liegt in der Absicht der Herren dieser Gesellschaft, die Produkte der Insel nach der Samana-Bay zu bringen und von dort aus den Handel mit dem Auslande zu leiten. Wie man in Washington zu wissen glaubt, beabsichtigt die Gesellschaft den Schutz der Regierung zur Förderung ihres Unternehmens anzurufen. Nachher soll die Regierung einen Theil der Bay von der Gesellschaft in Pacht nehmen und daselbst eine Flottenstation errichten. Was dann folgen soll, ist einleuchtend; vorläufig bleibt noch der Eintritt der ersten Eventualität abzuwarten.

[Die Untersuchung des Credit Mobilier] wird im ganzen Lande mit großem Interesse verfolgt. Dates Ames ist es müde geworden, die ganze Last der Anschuldigungen auf seine Schultern zu nehmen und hat vor dem Comité Aussagen gemacht, welche die Rechtfertigungsversuche einiger Congreßmitglieder bedeutend erschüttern. Diese Enthüllungen fielen wie eine Bombe in das Lager der Angeklagten, denn sie standen mit ihren eigenen Aussagen in diametalem Gegensatz. Es erfordert einen wahren Köhlerglauken, jetzt noch die stattgehabten Bestechungen bezweifeln zu wollen; stellen einzelne Blätter dieselben noch immer in Abrede, so läßt sich das nur durch die Annahme erklären, daß solche Zeitungen mit Leib und Seele ihrer Partei verkauft sind. Die öffentliche Meinung hat sich ihr Urteil längst gebildet und das Comité dürfte einen schweren Standpunkt haben, falls es einen Weiswahlsungsversuch wagen sollte.

[In Louisiana] können die Birren nicht mehr lange anhalten. Beide Legislaturen haben je einen Senator nach Washington gesendet, der Senat muss sich in Kürze darüber aussprechen, welchen von Beiden er als rechtmäßig erwählt betrachtet, wodurch tatsächlich entschieden wird, welche Legislatur zu Rechten besteht. Erfreulicheres entnehmen wir der Jahresbotschaft des Gouverneurs Moses von Süd-Carolina. Nach derselben existirten in jenem Staate keine Ku Klux-Verbindungen mehr, jede Feindseligkeit gegen die Staats- oder Föderal-Regierung hat aufgehört und es bedarf keiner Ausnahmgesetze mehr um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten.

[Poden.] In Boston herrscht gegenwärtig die Podenkrankheit und über 3000 Erkrankungen sind angemeldet. Der Handel leidet dadurch in nicht geringem Grade, und in der ganzen Stadt wie Umgegend herrscht große Besorgniß über diese Epidemie. Sanitäre Vorsichtsmaßnahmen wurden überall prompt angeordnet und ausgeführt. In Baltimore herrscht dieselbe Krankheit und die Zahl der von ihr Befallenen ist täglich im Zunehmen begriffen. Die deutsche Barte „Helena“ ist mit 40 Passagieren dafelbst angelkommen, von denen 30 podenkrank waren. Während der Überfahrt sind an Bord dieser Barte 30 an den Poden gestorben.

[Der Schneesturm,] der in der ersten Hälfte des Januar im Nordwesten Amerikas und namentlich in Minnesota gehäuft hat, wird noch lange als Gegenstand des Schredens im Munde des Volkes fortleben. Etwa 300 Menschenleben sollen demselben zum Opfer gefallen sein, denn die Heftigkeit, mit welcher er tobte, machte es den im Freien befindlichen fast unmöglich, sich zu retten. Theils wurden die Fuhrleute vom Sturme gebunden und konnten die Fahrt nicht forsetzen, theils machten die gefallenen Schneemassen die Fahrstraßen unerträglich, und Hunger und Frost thaten das Übrige. Die Schneemassen begruben ganze Häuser, deren Schornsteine nur als Leichenstätte über die große weiße Leiche hinausragten. Von New-Ulm hatteten sich am 10. viele in ihren Schlitten nach den Heimatorten begeben; von diesen kamen, soweit dies bis jetzt bekannt ist, achtzehn um. Aus Redwood Falls wird der Tod von 37 Personen gemeldet. In Manitoba eingegangene Berichten zufolge sind 37 Erfrierungsfälle vorgetragen längs der Telegraphenlinie zwischen St. Paul und Bieucity. So verhängnisvoll war das Unglück, daß der Gouverneur von Minnesota die Staatslegislatur in einer besonderen Botschaft aufforderte,

denen, welche durch das Unwetter gelitten haben, schnellstens Staatshilfe angeleihen zu lassen. Auch in den östlichen Staaten wird die Wildthätigkeit für die Unglücklichen, die meistens arme schwedische Farmer sind, aufgerufen. Daß auch viel Vieh bei dieser Gelegenheit umgekommen ist, ist selbstverständlich und der dadurch entstandene Verlust für Landwirte um so empfindlicher. Der große Schneefall im Verein mit den darauf folgenden Regenfällen hat das Anschwellen der Flüsse und dadurch weiteren Schaden zur Folge gehabt. Am 18., 19. und 20. Januar machten Brückeneinstürze den Eisenbahnbetrieb an vielen Stellen unmöglich, doch ist seitdem dem Ueberstande hier und da bereits abgeholfen.

A f f i e n .

[Die Nachrichten der neuesten chinesischen Ueberlandpost] reichen bis zum 26. December. In Shanghai werden von einflussreichen Eingeborenen chinesischer Dampfer-Compagnien gebildet; der erste Handelsdampfer unter chinesischer Flagge hatte diesen Hafen verlassen. Wie verlautet, ist eine peruanische Mission auf dem Wege nach China, um die Auswanderungsfrage zu regeln. Die buddhistischen Nomadenklöster in Ningpo sollen sequestriert werden. Die chinesische Regierung hat den Generalinspektor für die Höhe ermächtigt, wichtige Beiträge nach der Wiener Ausstellung zu senden. Die Prinzen Philipp und Augustus von Sachsen-Coburg-Gotha kamen am 22. December in Hongkong an und begaben sich am 24. per Postdampfer nach Shanghai.

Die japanischen Journale enthalten Details über den Tod des Herrn Daru, Secretär der französischen Legation in Yedo, der durch Untreffen eines Bootes ertrank. Der Mikado gedenkt die Befreiung der Telegraphenverbindungen zwischen Japan und Europa durch eine spezielle Staats-Ceremonie zu feiern. Wie es heißt, hat die japanische Regierung den Dampfer „Peach“ gemietet, um Gegenstände nach der Wiener Ausstellung zu befördern.

A f r i k a .

[Sandwich-Inseln.] [Die von uns schon erwähnte Proklamation des Prinzen Lunaillo] lautet: An die Hawaïische Nation! Wilhelm C. Lunaillo, Sohn Kekaulusch's, der Tochter Kamehameha's I., entbietet dem Hawaïischen Volke seinen Gruß:

„Dieweil der Thron des Königreiches durch das Dahinleiden Seiner Majestät Kamehameha's V. am 11. December 1872, ohne vorher ein Nachfolger ernannt und bezeichnet zu haben, vacat geworden, und dieweil es wünschenswerth ist, daß die Wünsche des Hawaïischen Volkes betreffs des Thronfolgers befragt werden, darum wünsche ich, obwohl ich nach dem Erbrechte der rechtmäßige Thronfolger bin, doch die Entscheidung über meine Ansprüche der Stimme des Volkes zu überlassen, die frei und ehrlich durch ein Plebiscitum ausgedrückt werden soll, um so Friede, Harmonie und Ordnung zu bewahren. Die einzige Versicherung, die ich dem Volke zu geben für nötig halte, ist, daß die Constitution Kameha's III. teiligen Angedenkens mit nur solchen Abänderungen, wie sie den jetzigen Gesetzen entsprechen, herzustellen gedenkt, und die Nation den Prinzipien dieser Constitution und einer liberalen, constitutionellen Monarchie gemäß regieren werde, welche, während sie die geeigneten Vorrechte der Krone bestehen läßt, auch den Rechten und Freiheiten des Volkes volle Gerechtigkeit soll widerfahren lassen. Zu diesem Zwecke empfiehle ich den Richter der verschiedenen Wahlkreise auf den Inseln und appelliere hierbei an ihre alte Anhänglichkeit zu der Familie der Kamehameha, anzugeben, daß am Mittwoch, den 1. Januar a. d. 1873 eine Wahl wird abgehalten werden, in welcher alle männlichen Unterthanen des Königreiches in Frieden und Ordnung frei einen König der Hawaïischen Inseln als Nachfolger Kamehameha's V. wählen können, und daß die erwähnten Beamten der verschiedenen Wahlbezirke auf Grund des Votums sofort einen beglaubigten Bericht für die gesetzgebende Versammlung, die am 8. Januar in Honolulu zusammenzutreten aufgefordert ist, anfertigen sollen. Im Falle ein oder mehrere Beamte irgend eines Bezirks sich weigern, im Einlange hiermit zu handeln, oder irgendein solcher Beamtenposten vacant ist, dann soll das Volk andere Beamte wählen, die dann nach dem Gesetze die Wahl leiten sollen. Geschrieben mit eigener Hand zu Honolulu heute, den 15. December 1872. Gott beschütze Hawaii Nei.“

Provinzial - Zeitung.

B. Breslau, 11. Febr. [Der erste Schlesische Schuhmachertag] wurde am Montag Vormittag 10 Uhr im kleinen Wiesner'schen Saale durch den Obermeister der Schuhmacher-Januari, Herrn Klebe I., mit einer kurzen Ansprache eröffnet. — Zum Vorsitzenden wurde Herr Klebe I., zu Stellvertretern Herr Fritsch und Herr Krochwinia gewählt; die Wahl der Schriftführer fiel auf die Herren Steinberg aus Breslau und Max Schlesinger aus Gleiwitz. Hierauf wurde die Tagesordnung festgestellt und gleichzeitig beschlossen, daß die Verhandlungen am Dienstag Vormittag 9 Uhr beginnen sollten, der Montag Nachmittag aber der gemütlichen Versprechung gewidmet sein sollte. Die Tagesordnung umfaßt folgende zehn Punkte: 1) Das Bestreben zum Verbot der Strafanstalten wegen Fertigung von Schuhmacherarbeit für das Publikum. 2) Desgleichen das Fortsetzen von Schuhmacherarbeit der Militär-Schuhmacher-Commissionen für Civil. 3) Die Einführung der Gesellen-Arbeitsbücher. 4) Die Erhöhung der Preise für unsere gefertigte Arbeit. 5) Das Anstreben eines Probefisches der Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit. 6) Ueber den Wegfall der Meisterbeiträge zur Gesellen-Unterstützungskasse. 7) Beschränkung durch das Gesetz, daß nicht jeder Ausgelernte, sowie davonlaufende Lehrling selbstständig die Schuhmacherbetriebe betreiben darf. 8) Wiederherstellung des früheren Meisterrechts resp. Jurisdiktions, sowohl für angehende Meister als auch dergleichen Gesellen. 9) Beratung einer Petition, die von dem Oster in Leipzig stattfindenden Schuhmachertag an den Landtag abgesandt werden soll, in ungefähr folgender Fassung: „Ein hohes Haus wolle beschließen, die seit 1869 in Kraft getretene Gewerbefreiheit dahin zu beschränken, daß der junge Mann vor dem 24. Lebensjahr nicht berechtigt sei auf eigene Rechnung zu arbeiten“. 10) Befreiung betreffend die Einführung eines Arbeits-Nachweise-Bureaus. — Nach einigen Interpellationen wurde — nachdem noch Herr Fischbach aus Glogau dem leitenden Comitee ein Hoch gebracht hatte die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

....1. Breslau, 10. Febr. [Verein Breslauer evangelischer Lehrer.] In den beiden letzten Sitzungen kam das Thema: „Die geographische Verbreitung der Thiere“, jedes Mal in verschiedener Weise zur Besprechung. — Während in der Sitzung vom 1. h. Herr Müller II. nach einem begründenden Hinweis auf die Wasserbewohner als die im Thierreich am tiefsten stehenden Geschöpfe das Charakteristische der Thierwelt in den einzelnen Zonen hergehoben, sowie die vorherrschenden oder hinterdrängenden Ursachen der Verbreitung gewisser Familien (Klima, Natur der Thiere, Nahrungsangebot, Einfluss des Menschen, Meere, Gebirge, Landmassen) dargelegt hatte, beschäftigte sich Herr Reichert in der Versammlung vom 8. d. M. hauptsächlich mit der Bearbeitung der Frage, wie dieser Zweig der Naturgeschichte für die Schule nutzbar zu machen sei. Geleitet von der Erwirkung, daß bei dem naturgeschichtlichen Unterricht, wie Abchluss eines Bonums Rücksicht und Überblick auf das Ganze zu befreiten und, namentlich in einer Oberklasse, zu ordnen, zu gruppieren und aus den einzelnen Gesichtspunkten Schluß zu ziehen, daß ferner diese Rücksicht um so fruchtbarer und interessanter sein müsse, je mehr die lebhafte Auge dem geistigen Blide dabei zu Hilfe komme: hatte sich der Vortragende der Anfertigung eines geeigneten Kartenschildes unterzogen. Dasselbe stellte die östliche Halbinsel dar; die einzelnen Länder und Meere sind mit colorirten Abbildungen der ihnen eigenständlichen Thiere versehen; am Kreisrande steht man die Zonen farbig bezeichnet und im Süden, wo die Ausdehnung des Meeres genügenden Raum frei läßt, findet man eine Zusammenstellung der wichtigsten culturhistorischen Arten. Die Thierwelt der westlichen Halbinsel wie auch die fossile sind ebenfalls auf einigen eingefügten Tafeln vertreten. Durch farbige Linien aus der Karte sind endlich noch mehrere zoologisch-geographische Reiche angegeben. Das Vortheilhafteste der Benutzung einer solchen Karte nicht bloß beim naturgeschichtlichen, sondern auch geographischen Unterricht liegt auf der Hand und die Versammlung war freudig überzeugt durch die gelebte Vorführung

da der Genannte bereits Einleitungen getroffen hat, dieselbe dem Drude zu übergeben.

M. Breslau, 11. Februar. [Gabelsberger Stenographenverein.] Am 8. d. Mts. feierte unser Verein den Geburtstag Gabelsbergers unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder und vieler Gäste durch gemeinsames Abendbrot, Theater, Sang und Tanz. Aus dem Toaste auf den langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Herrn Kaufmann Fedor Alexander ist für die Freunde der Stenographie und unseres Vereines herzovorzuheben, daß auch im verlorenen Jahre wieder durch Unterrichtsertheilung vorgezogene an Schüler der höheren Unterrichtsanstalten unserer Stadt 75 neue Jünger für die Stenographie gewonnen wurden. — Bei diesen verhältnismäßig günstigen Erfolgen ist der Umstand, daß in dem Jahrhundert der Eisenbahnen und der Telegraphie sich das schreibende Publikum nicht in noch ungleich höherem Maße des unschätzbaren Vortheiles bemächtigt, welchen die Stenographie dem Gebilden aller Stände gewährt, nur dadurch erklärbar, daß noch immer Viele meinen, die Stenographie sei nur zur Führer der gesprochenen Rede verwendbar, während doch ihre größte Verdienst in der Erleichterung liegt, welche diese so leicht erlernbare Schrift dem amlichen wie gesellschaftlichen Verkehr und der Privat-Correspondenz bei allgemeiner Anwendung gewähren würde.

Waldenburg, 11. Februar. [Schule.] Trotzdem schon fast 2½ Jahre ein Gymnasium, das gut besucht ist, besteht, so hat die Schülerzahl der Elementarzücheln doch nicht ab-, sondern, besonders in den untersten Klassen, so bedeutend zugenommen, daß an der katholischen Knaben- und dergl. Mädchenschule je eine neue Lehrerstelle erzielt werden muß, um die Ausbildung der beiden Lehrerstellen bereits erfolgt ist. Die Ausgabe für die Schule wird bei der katholischen Schulgemeinde noch wesentlich höher werden, da mit der Erweiterung der Schule auch ein Erweiterungsbau notwendig werden wird, und die Anstellung von männlichen Lehrern statt der Schülern einen bedeutenden Geldaufwand nötig macht. Kathol. Seitens ist übrigens für das Verbleiben der Schülern petitioniert worden, man sagt sich aber sehr sachgemäß, daß die Königliche Regierung auf dies Gesuch nicht eingeht können. — Auch bei der evangel. Knabenschule wird eine neue 3. Lehrerstelle gegründet, dadurch, daß die 3. Klasse, welche zu Ostern so überfüllt wäre, daß der Klassenzimmer die Kinder nicht wärmen können, in 2 Parallelklassen getheilt wird. Bezüglich der Besetzung dieser und der durch den Abgang der Lehrer Michaelis und Rabe vacante werdenen Lehrerstellen waren vorige Woche Lehrproben und brachten die Schulen-Deputation und die eb. Schulen-Repräsentanten die Lehrer Maiwald aus Altwasser, Fiebig aus Jordansmühl und Haude aus Michelau in erster Reihe in Vorschlag und soll Magistrat, wie wir gehört, gestern diesem Vorschlag conform gewählt haben.

NB. Im gestr. Mittagl. (Nr. 68 d. 3.) mußte wegen Mangel an Raum ein Referat über den „wissenschaftl. Volks-Bild.-V.“ und über den „Gustav-Ad.-V.“ aus Waldenburg wegbleiben, während die Ankündigung des Gedächtnis im Kopfe des Artikels aus Versehen stehen geblieben ist. Wir erwähnen nur kurz, daß das Weggebliebene den Vortrag des Herrn Prof. Dr. Linder: „Einfluß des Lichtes auf die Pflanzenwelt“ und eine Verloofung zum Besten der Gustav-Adolph-Stiftung, die vom Waldenburger Jungfrauen-Verein vorbereitet wird, — betraf.

Steinau a. O., 10. Februar. [Zur Tageschronik.] In unserem kleinen Orte sind bis jetzt 4 Dampfmaschinen in Betrieb gesetzt. Die erste wurde vor 4 Jahren vom Zimmermeister C. R. Latke zum Betrieb einer Breitfläche aufgestellt. Dieselbe hat 8 Pferdekrat und ist von dem Ingenieur Casper in Breslau angelegt. Die zweite Dampfmaschine für Steinau erwarb die in weiten Kreisen bekannte Meubles-Garib von W. Görtner's Söhne. Dieses Etablissement hat in der Neuzeit eine bedeutende Erweiterung erfahren. Ein vollständig neu aufgeführtes Seitengebäude hat eine vergößerte Werkstatt in 2 Etagen von je 70' Länge aufgenommen. Die Nachfrage nach den Meubles ist so bedeutend, daß trotz der im December 1871 aufgestellten Dampfmaschine, welche eine Menge kleinerer Maschinen und eine Brettersäge in Bewegung setzt, kein Vorraum zu erzielen ist. Während vor mehreren Jahren Steinauer Meubles exportirt wurden und außerdem noch immer ein bedeutendes Lager aufzuweisen war, können jetzt größere Bestellungen zumeist erst nach längerer Zeit effectuirt werden. Im Jahre 1872 legte Herr von Loepel auf Georgendorf I. in der nächsten Nähe der Stadt eine Dampfziegelie an; dieselbe ist großartig in ihren Anlagen, bewährt sich aufs Beste und liefert vorzügliches Bau-Material. — In diesen Tagen wird die neu aufgestellte Dampf-Brettschneide-Maschine des Zimmermeisters Arndt ebenfalls in Betrieb gesetzt werden. — Alle hiesigen städtischen Lehrer harren noch immer der längst in Aussicht gestellten Gehaltsaufbesserung — bis jetzt vergeblich.

Trebnitz, 10. Februar. [Zur Tageschronik.] Auf der Tages-Ordnung der am 6. d. M. stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten stand zum 4. Mal: „Remuneration der hiesigen Elementarlehrer.“ — Magistrat batte nämlich die im Vorjahr von den Vertretern der Stadt zu Theuerungs-Zulagen für die Elementarlehrer bewilligte Summe von circa 370 Thaler auf 200 Thaler reducirt unter Angabe von Gründen, die hier zu erörtern nicht thunlich sein würden. Von Seiten der Stadtverordneten-Beratung wurde mit großer Einstimmigkeit gegen dies Verfahren des Magistrats protestirt. Da nun aber der Leitere bei seinem gefassten Beschlusse stehen geblieben und den Restbetrag von 170 Thlr. zu weiteren Theuerungs-Zulagen für „zu viel“ erachtet, wurde in der oben erwähnten Sitzung, auf Grund des nun factisch vorliegenden Conflictes, eine gemischte Commission zur Erledigung dieser Angelegenheit gewählt. — Beteiligterseits ist man sehr gespannt, wie diese Sache zum Austrage gebracht werden wird und dies um so mehr, da die seit Jahr und Tag so schnellst erwartete allgemeine Gehalts-Aufbesserung sich, wie es den Anschein hat, immer noch verzögert. — In der selben Sitzung wurde dem Kassen-Controleur Strauß, in Anerkennung seiner bedeutenden Mehrleistung in Sachen der städtischen Sparkasse, eine Remuneration von 25 Thlr. einstimmig gewährt. — Eine Correspondenz, die Errichtung einer Gas-Anstalt hierorts betreffend, wurde Auseinander gesetzt, daß Trebnitz für weit notwendigere Einrichtungen und Verbesserungen (z. B. Ringflasierung?) große Ausgaben resp. Opfer würde bringen müssen, für jetzt — ad Acta gelegt. — Die gestern abgehaltene statutenmäßige General-Versammlung des hiesigen Vorschuss-Vereins (nicht eingetragene Genossenschaft) fand im hörteischen Gaithof statt. Nach Vorlegung der Rechnung pro 1871 und nach Mittheilung des Rechenschaftsberichtes pro 1872, der einen Umsatz von über 250,000 Thlr. nachwies und überhaupt constatirte, daß der genannte Verein seit der Zeit seines Bestehens sich in der erfreulichen Weise fortentwickelt habe, erfolgte die Neuwahl des Ausschusses, die eine Wiederwahl fast sämtlicher Mitglieder desselben ergab; nur zwei Mitglieder traten als neugewählte hinzu.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Die „Niederschl. Ztg.“ schreibt: „Berliner Blättern wird von hier gemeldet, daß die Ernennung des Herrn Landeshauptmanns v. Seydewitz zum Ober-Präsidenten von Schlesien gesichert sei. Nach unseren Informationen sollte bekanntlich Herr v. Seydewitz das ihm gleichfalls offerirte Ober-Präsidium von Sachsen angenommen haben. Bis jetzt ist offiziell nicht bekannt, daß Herr v. Seydewitz diesen Entschluß getadt habe.“

Schlesien. Von hier wird dem „Allg. Ob. Anz.“ geschrieben: Vor einigen Tagen wurde die Leiche eines verunglückten Maurers, Namens Baron, seirt und das ärztliche Gutachten dahin abgegeben, daß der Tod durch „Ertrinken“ resp. „Ersticken“ erfolgt sei. Merkwürdiger Weise fand man den Verunglückten auf trockenem Lande und mit Blutspuren auf dem Kopfe! Man kann sich des Gedankens, daß hier ein Verbrecher vorliege, gar nicht entschlagen; doch dürfte dies für immer ein Geheimnis bleiben. Baron — so erzählt man — wollte aus dem Leiche, in dessen Nähe er aufgefunden wurde „Schiffstropfen“ holen und mag dieshalb in die „Klemme“ gerathen sein. — Am 8. Febr. Nachm. verließen zwei Geschwister (ein Knabe von 12 Jahren und ein Mädchen von 9 Jahren) aus dem % Meile entfernten Dorfe Klyzowko das elterliche Haus, um in die hiesige Schule zu gehen. Der Weg führt bei einem großen Teiche vorbei. Am vorangegangenen Tage hatte man an einer Seite des Teiches Eis gebrochen und weggeschafft. Durch die Nacht bildete sich eine neue schwache Eisdecke; wer sollte ahnen, daß sich unbemerkt und unbewußt in kürzester Zeit grade auf dieser Stelle ein so großes Unglück für die betreffenden Eltern und ein warnendes Beispiel für alle Kinder ereignen werde! Das Misgeschick führte die beiden Kinder gerade auf das schwache Eis, auf welchem sie sofort einbrechen mußten. — Wohl mögen die Bedauernswerten um Hilfe gerufen haben, doch wer konnte sie hören! — Andere aus der Schule heimkehrende Kinder mussten von dem traurigen Ereignisse mehr Kenntnis nehmen: zwei ihrer Cameraden waren ertrunken und nicht mehr zu retten.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Glogau. Das hiesige königl. Kreis-Gericht hat ein für die Lehrer der städtischen Schulen wichtiges Urteil gefällt. Ein Lehrer war von einer Stadtgemeinde wegen Rückerstattung der erhaltenen Umzugskosten verklagt

worden, weil derselbe seine Stelle vor Ablauf von zehn Jahren aufgegeben hatte. (§ 525 Tit. XI u. § 42 Tit. XII Thl. II des A. L.-R. und §§ 19 und 20 der Schulordnung für Elementarschulen vom 11. December 1845). Der verklagte Lehrer erhob Widerklage und beantragte eine Entschädigung von 80 Thlr. weil er einen erkrankten Lehrer neuen Monate lang vertreten und dadurch circa 70 Schüler mehr als früher unterrichtet habe. Das hiesige königl. Kreis-Gericht verurteilte den Lehrer zur Entstättung der erhaltenen Umzugskosten in Höhe von 20 Thlr., verurteilte aber auch die klägerische Stadtgemeinde zur Zahlung von 80 Thlr. Verziehungskosten an den verklagten Lehrer. Das königl. Kreis-Gericht motivierte das Urteil wie folgt: Nach dem übereinstimmenden Auslagen der vernommenen Zeugen stehe es fest, daß der verklagte Lehrer einen erkrankten und später verstorbene Lehrer während 9 Monaten vertreten und in dieser Zeit sowohl in der 3. Knaben- als auch in der 3. Mädchenklasse Unterricht erhielt habe, obgleich er nur zum Unterricht in der ersteren verpflichtet war. Der Unterricht gehabt in der Weise, daß die beiden vereinten Klassen in zwei Abtheilungen getheilt und in diesen in verschiedenen Zeiten unterrichtet wurde. In beiden Abtheilungen gab der Lehrer wöchentlich zwar nicht mehr als 30 Stunden und war eben so viel, als ihm nach seiner Amtspflicht zu geben oblag, aber er gab diesen Unterricht an etwa die doppelte Anzahl von Schülern. Es sei einleuchtend, daß der Unterricht und die Beaufsichtigung einer zweifachen Zahl von Schülern einen größeren Aufwand von Arbeitskraft und Thätigkeit des Lehrers erfordere, als wenn er nur die einfache Zahl derselben zu unterrichten habe, zumal wenn die Vermehrung der Schülerzahl die Ziffer von 60—70, wie dies von den vernommenen Zeugen befunden ist, erreicht hat. Der betreffende Lehrer habe durch seine Arbeit mehr geleistet als er zu leisten verpflichtet war, da seine Verpflichtungen nur darin bestanden, den Unterricht in der 3. Knabenklasse zu geben, der Verklagte habe ansehnlich mehr durch seine Arbeit geleistet, als er zu leisten verpflichtet war. Da sonach die klägerische Stadtgemeinde durch die Mehrleistungen des Verklagten bereitgestellt anzusehen sei, muß sie nach § 231 und 232 Tit. 12 Thl. 1 des A. L.-R. den Leiter in Höhe des ihr gewordenen Vortheils entzögeln, zumal wie § 232 vorausgesetzt, die Leistungen des Verklagten solche sind, für welche derselbe bezahlt zu werden pflegt. Der Vortheil, welchen die klägerische Stadtgemeinde bezogen hat, besteht in dem erwarteten Gehalte des verstorbenen Lehrers, welchen der Verklagte zu vertreten hatte. Der Stadtgemeinde lag die Pflicht ob, für die Stellvertretung des erkrankten und später verstorbenen Lehrers zu sorgen, sie hat daher die Stellvertretung zu bezahlen. Aus allen diesen Gründen mußte die Stadtgemeinde nach dem Antrage des Lehrers verurteilt werden. (Nied. Anz.)

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Februar 11. 12. | Nachm. 2 U. | Abends. 10 U. | Morg. 6 U. |
|-----------------------|-------------|---------------|------------|
| Aufdruck bei 0° | 329° 50' | 329° 35' | 329° 24' |
| Aufwärmre. | — 0° 5' | — 2° 5' | — 4° 5' |
| Dunstdruck | 1° 44' | 1° 51' | 1° 16' |
| Dunstättigung | 73 pCt. | 95 pCt. | 89 pCt. |
| Wind | NW. 2 | NW. 3 | NW. 2 |
| Wetter | trüb. | bedeut. | trüb. |

Breslau, 12. Febr. [Wasserstand.] D. B. 14. F. 6. B. U. B. — F. 2. B. Eisstand.

Berlin, 11. Februar. Die Tendenz des Geschäfts kann nur als fest bezeichnet werden; der Verkehr entwickelte sich in ruhiger Weise und ohne Überführung, nichtsdestoweniger konnten doch aber die Course auf den meisten Gebieten Abancen erzielen, und wenn dies auch nicht auf dem Gebiete der internationalen Speculationspapiere der Fall war, so darf eben auch zur Zeit nicht mehr nach diesem allein die Geläufigkeit gekennzeichnet werden. Die Speculationspapiere bewegten sich vollständig im Rahmen des gestrigen Geschäfts, österreichische Creditactien waren wiederum am meisten bevorzugt und zogen auch im Course an, Lombarden fanden nur weniger Beachtung und Franzosen blieben gänzlich vernachlässigt. Österreichische Bahnen verkehrten in recht fester Haltung und haben auch ziemlich belangreiche Umsätze auszuweisen. Nordwestbahn sehr beliebt, auch Kronprinz Rudolf, Elbtal und Galizier beliebt, Silberrente dergl. auch Papierrente in sehr regem Verkehr zu steigendem Course, französische Renten unverändert. Italiener nachgebend. Für Türken bildete sich erst während des Verlaufs des Geschäfts eine bessere Stimmung, sie eröffneten in gedrückter Haltung, gewannen aber zum Schlus gute Festigkeit. Amerikaner fester in ruhigem Verkehr. Auch in russischen Effecten zeigte sich bei mäßigen Umsätzen recht feste Haltung. Preußische Bonds beobachteten sich gut, blieben aber zu unverändertem Course meist still, nur 4% Anleihen zogen etwas an. Für inländische Prioritäten weniger Nachfrage; von Österreichern, die sich sämlich seit hielt, traten besonders Lombarden durch größere Regsamkeit hervor. Auf dem Eisenbahnactienmarkt machte sich neben größerer Lebhaftigkeit auch eine sehr feste Haltung bemerkbar. Die Kauflust beschränkte sich nicht bloß auf die schweren rheinisch-westphälischen Debiten, sondern erstreckte sich auch auf leichtere Debiten, von denen Schweizer Westbahn besonders bevorzugt waren. Auch gestaltete sich das Prämienengeschäft lebendiger, da sich reichlicher Kauflust zeigte, Bankaktionen im Allgemeinen recht fest und in einem normalmäßigen Verkehr. Als belebter sind Darmstädter, Österreichisch-Deutsche, Nationalbank, Deutsche Handelsgesellschaft, Union und Bankverein zu nennen. Leipziger Vereinsbank sehr beliebt, auch Gewerbebank wieder höher. Bank für Rheinland anziehend Centralbank für Bauten notirt, dagegen niedriger. Industriepapiere sehr rege und fest. In Brauereien, die meist stabil, weniger Geschäft. Von Brauereien nahmen Centralactien und beide Lichtenfelser Baw. Interesse in Anspruch. Deutsche Bergw. steigend. Cottage 100, Glashus gut belebt. Hamb. Wagen, Thür. u. Oberschl. Eisenbahn, Eisenp. Neustadt-E., Halberst. Harlort Eisen- und Harlort Brüderbau gut belebt. Sehr angenehmes Geschäft in Louise Liebau, nach Schluß über Cours begehrt, Dortmunder Union steigend. Hörder, Georg Marie, Binnberger, Schles. Zin, Laura beliebt, Glücksburg 110 1/2—111 1/2, Braunsch. Kohlen 110 1/2. Bergelius-Akt. 119 1/2 bez. u. Gd., Harzer Union 120 1/2 bez. u. Gd., Gelsenkirchener Bergwerke 127 1/2 bez. u. Gd., Westphalia 117 1/2 bez. u. Gd. Für die heute eingeführten Actien der Vereinigten Hsl. Papier- und Papierwaren-Fabrik (vormals G. Bodenheim u. Co.) soll sich der Cours auf 103 gestellt haben. (Bank- u. H.-B.)

[Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.] Der bereits telegraphisch signalisierte Artikel über die Verweigerung der Concession zu einer Bahn von Neppen nach Berlin lautet:

In Nr. 37 der „Oberfelder Zeitung“ findet sich die aus der „Berliner Wochenschrift“ entnommene Notiz, daß der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft die Concession zu einer Bahn von Nauden nach Berlin verweigert worden sei. Diese Mittheilung wird von dem Zusatz begleitet: „Man darf sich nicht wundern, wenn allgemein der Umstand, daß die Bahn einer Staatsbahn Concurrenz machen würde, als ein Motiv für die abschlägige Antwort angesehen wird.“

Von ununterrichteter Seite erfahren wir, daß nicht der Bau einer Bahn von Nauden nach Berlin, wie wohl nur versehentlich angegeben ist, sondern einer Bahn von Neppen nach Berlin, für welche die Vorarbeiten anfertigten zu dürfen, das Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft beantragt hatte, zurückgewiesen worden ist. Als Grund der Ablehnung soll der Umstand herangezogen werden sein, daß ein Verkehrsbedürfnis, dessen Befriedigung die Ertheilung des Expropriationsbrettes rechtfertigen könnte, nicht anzuerkennen sei, vielmehr würden für den Verkehr zwischen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn und Berlin die vorhandenen durchaus directen Routen von Neppen über Frankfurt a. O. und von Cöstrin nach Berlin als vollständig genügend erachtet.

Die etwaige Befriedigung, daß der Staat bei der ihm als Eigentümer der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn obliegenden Wahrung seiner finanziellen Interessen soweit gehen könnte, einem durchgehenden Verkehr von Breslau über Neppen oder Cöstrin nach Berlin entgegenzutreten, soll der Handels-Minister als unbegründet bezeichnet und vielmehr schon jetzt die Möglichkeit ausgedrückt haben, unter entsprechenden Bedingungen einen Concurrenzverkehr gegen die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn zuzulassen.

[Eisenbahn Posen-Thorn.] Der „Staats-Anz.“ schreibt: Die zum Unternehmen der Oberösterreichischen Eisenbahn-Gesellschaft gehörige Bahn von Posen nach Thorn hat bisher dem Betriebe noch nicht vollständig übergeben werden können. Die dabei maßgebenden Verhältnisse erhellten aus nachstehender Mittheilung:

Um die Bahn von Insterburg nach Thorn und von Posen nach Thorn in den Bahnhof Thorn der Ostbahn einzuführen zu können, war ein völliger Umbau derselben erforderlich. Es mußten zu dem Befüllung sämtliche vorhandenen Bahnhofs-Localitäten, Gleise u. Transloci und umgestaltet, andererartige Anlagen aber völlig neu hergestellt werden. Diese sehr umfangreichen Arbeiten — obwohl vor mehreren Jahren bereits in Angriff genommen — haben, trotz des auf schleunigste Ausführung gerichteten Bestrebens

der beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen, bisher nur zum kleineren Theile völlig vollendet werden können, weil sowohl die Innehaltung der von den Fortifications-Behörden getroffenen Bestimmungen, als auch die Rücksicht auf die nothwendige Aufrechterhaltung und Sicherheit des Betriebsdienstes auf dem Bahnhofe Thorn es erheischt, daß die Bauten immer nur an einzelnen Punkten in Angriff genommen und die verschiedenen Arbeitsmanipulationen nur nach einem vorher reiflich erwogenen und in jedem Falle dem Betriebsdienste angepaßten Plane allmählich begonnen resp. in bestimmter, engbegrenzter Reihenfolge durchgeführt werden.

Gegenwärtig sind indeß die in Rede stehenden Arbeiten in dem Maße vorgetrieben, daß — unter Zugnahme provisorischer Einrichtungen — die Betriebsförderung auf der Strecke Nowotram-Thorn, wenigstens in begrenzter Weise zunächst für den Güterverkehr, in kürzester Frist zu erwarten ist, vorausgesetzt, daß die Witterungs-Verhältnisse der Herstellung vorerwähnter provisorischer Anlagen keine besonderen Hindernisse bereiten.

Posen, 11. Februar. [Producenten-Bericht von Lewin Berlin Söhne. Roggen: (pro 1000 Kilogr.) flau. Ründigungspreis 52 1/2%. Gef. — Wapp. Februar 52 1/2 nom., Februar-März 52 1/2 nom., Frühjahr 53—52 1/2 bez. u. G., April-May 53—52 1/2 bez. u. G., Mai-Juni 53—52 1/2 bez. u. G., Juni-Juli 53—52 1/2 bez. u. G., August —, Juni-Juli —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: unverändert, pro 1050 Kilogramm seiner 88—90 Thlr. mittel 80—83 Thlr. ordinär und defect 70—80 Thlr. — Roggen: niedriger, pr. 1000 Kilogr. seiner 56—57 Thlr. mittel 54—55 Thlr., ordinär 50—52 Thlr. — Gerste ohne Umfaß, pr. 925 Kilogr. seiner 44—46 Thlr., mittel und ordinär 40—42 Thlr. — Hafer: mittl. pr. 625 Kilogramm seiner 25—26 Thlr., mittel u. defect 23—24 Thlr. — Erbsen: mittl. pr. 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 53—54 Thlr., Futter-Erbsen 47—49 Thlr. — Lupinen: begehrt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 28—32 Thlr. — Weizen: still, pr. 1000 Kilogr. 40—45 Thlr. — Dolsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Raps — Thlr. — Leinsamen: unverändert, pr. 50 Kilogr. 3—3 1/2 Thlr. — Klee matt, rot 14—18, weiß 14—19 Thlr. — Buchweizen: offert, pr. 75 Kilogr. 44—47 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Weizen:

Berliner Börse vom 11. Februar 1873.

Wechsel-Course.

| | | Eisenbahn-Stamm-Aktionen. | | | |
|-------------------|----------|---------------------------|---------|------|--------------|
| | | Divid. pro | 1871 | 1872 | Zf. |
| Amsterdam 250 Fl. | k. S. 5 | 140% B. | — | 4 | 47% bz G. |
| do. do. | 2 M. 5 | 139% bz. | — | 4 | 124% bz G. |
| Hamburg 300 Mk. | k. S. 4 | 148% bz. | — | 4 | 209% bz G. |
| do. do. | 2 M. 4 | — | — | 4 | 116% bz G. |
| London 1 Lst. | 3 M. 34% | 6,21 bz. | — | 4 | 224% bz G. |
| Paris 300 Frs. | 2 M. 5 | — | — | 4 | 151% bz G. |
| Wien 150 Fl. | 8 T. 6 | 92% B. 1% G. | — | 4 | 192% bz G. |
| do. do. | 2 M. 6 | 91% bz. | — | 5 | 110% bz G. |
| Augsburg 100 Fl. | 2 M. 4 | 56 22% bz. | — | 5 | 123% bz G. |
| Leipzig 100 Fl. | 8 T. 4% | 99% G. | da. neu | 5 | 112 et bz G. |
| do. do. | 2 M. 4% | — | — | 5 | 168% bz G. |
| Frank.f.a.100Fl. | 2 M. 5 | — | — | 5 | 115 bz G. |
| Petersburg 100SE. | 3 M. 7 | 90 bz. | — | 5 | 63% B. |
| Warschau 90 SR. | 8 T. 6 | 82% bz. | — | 5 | 105% bz G. |
| Bremen | 8 T. 5 | — | — | 5 | 67% et bz G. |

Fonds und Geld-Course.

| | | | | | |
|-------------------------|----|------------|--|--|--|
| Frei. Staats-Anleihe | 4% | 102 B. | | | |
| Staats-Anl. 4% 1/2 %ige | 4% | 101% G. | | | |
| do. consolid. | 4% | 104 bz. | | | |
| do. 4%ige | 4% | 96% bz. | | | |
| Staats-Schuldschein | 3% | 90% bz. | | | |
| Präm.-Anleihe v. 1865 | 3% | 125% G. | | | |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4% | 101% bz. | | | |
| Cöln-Mind. Prämenschen | 3% | 98% bz. | | | |
| Berliner | 4% | 99% bz. G. | | | |
| Central-Boden-Or. | 5% | 102% G. | | | |
| do. unkünd. | 5% | 102% Lz. | | | |
| Pommersche | 3% | 92 B. | | | |
| Posenische | 4% | 91% bz. G. | | | |
| Schlesische | 3% | — | | | |
| Kur. u. Neumärk. | 4% | 98 B. | | | |
| Pommersche | 4% | 96% bz. | | | |
| Preussische | 4% | 93% br. | | | |
| Westf. u. Rhein. | 4% | 94 bz. | | | |
| Sächsische | 4% | 95% bz. | | | |
| Schlesische | 4% | 94 bz. | | | |

Ausländische Fonds.

| | | | | | |
|----------------------|---------|--|--|--|--|
| Kurh. 40 Thlr.-Loose | 72 B. | | | | |
| Oldenburger Loose | 39% bz. | | | | |

Louisd'or 10% bz. Dollars 1,11% G.
Sovereigns 6,21% bG FmdBkn. 99% G.
Napoleons 5,10% G Oest.Bkn. 92 1/2% bG.
Imperials 5,16 G. Russ. Bkn. 82 1/2% bG.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitzer

Berlin-Nordbahn —

Breslau-Warschau 5

Halle-Soran-Guben 5

Hannover-Altenb. 5

Kohlfurt-Falkenb. 5

Märk.-Posener

Magdeb.-Halberst. 3/4%

Magdeb.-Leipzig. 16

do. Lit. 4

Mainz-Ludwigshaf. 11

Ndrschl.-Märk. 5

Ndrschl.-Zweibr. 5

Oberschles. A. u. C. 13%

do. B. 13%

Oestr.-Fr.-St. B. 12

Oester.-Nordwest. 5

Oester. südl. St.-B. 4

Ostpreu. Südbahn. 0

Rechte O.-U.-Bahn 3

Reichenberg-Pard. 42%

Rheinische 10

Ehain-Nahe-Bahn 0

Rumän. Eisenb. 5%

Schweiz-Westbahn 2

Stargard-Posener 4%

Thüringer 10%

Warschau-Wien. 12

86% G.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk.

Berliner Bank. 15

Berl. Bankverein 16

Berl. Kassen-Ver. 12/5

Berl. Hand.-Ges. 12/5

Berl. Lombard-Bk. 5

Berl. Makler-Bank 25%

Berl. Prod.-Makl-B.

Berl. Wechslerbk. 12

Braunschw. Bank 8/4

Bresl. Disc.-Bk. 5

Friedenthal u. C. 13

Bresl.Handels-Ges. 123% bz

Bresl. Maklerbank 5

Bresl.Makl.-Ver.Bk. 11

Berl.Cred.-Pfb.. 100% bG

Berl.Wechslerbk. 12

Centr.-Bk. f. Genos. 131% bz

CoiburgerCred.-Bk. 129% bz

Danziger Priv.-Bk. 10%

Darmst. Credit.Cred. 15

Darmst.Zettelbank 8

do. 1866 112% bz

do. Bod.-Cred.-Pfb.. 110% bz

Euss.-Pol. Schatz-Obl. 76% bz

Poln. Pfandb. III. Em. 77% bz

Pol. Liquid.-Pfb. 65% bz

Amerik. 8% Anl. p. 1882 98% bz

do. do. 1888 98% bz

do. 5% Anleihe. 97% bz

Badische Präm.-Abl. 113% bz

Baierische 4% Anleihe. 113% bz

Französische Rente. 5% bz

Ital. neue 5% Anleihe. 87% bz

Ital. Tabak-Oblig. 6% bz

Königsl. 100 Thlr.-L. 85% bz

Raab-Grazer 100 Thlr.-L. 85% bz

Rumänische Anleihe. 100 G. ktl.

Türkische Anleihe. 5% bz

Ung. 5% St.Eisenb.Anl. 76% bz

Bank-Discount 4 pCt. Lombard-Zinsfuß 5 pCt.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II. 4%

do. III. v. St. 3 1/2% G.

do. VI. 98% bz. G.

do. Nordbahn 5% bz.

Breslau-Freib. Litt. 4% bz.

do. do. 95% bz.

Bresl. Grundr. 8% bz.

Oest. Credit.-Action 17%

Oestdeutsche Bank —

Ostpreu. Producent-Bk. 10%

Pos. Prov.Wehsib. 64/5

Preuss. Bank-Akt. 12/5

Pr.Bod.-Cr.-Act. 14

Pr.Central-Bod.Or. 9%

Pr.Credit-Anstalt. 24

Prov.-Wechsler-Bk. 4

Sächs. B. 60% I. S. 10

do. junge 13% bz

Goth.-Grundst. 9

Hamb. Nordd. Bk. 12/5

do. Vorschr.-Bk. 11 1/2% bz

Hannover'sche do. 12/5% bz

do. Disconto-Ek. 11 1/2% bz

Hessische Bank. 6% bz

Königsberger do. 99% bz

Landw.-Kvileck. 96% bz

Leipz. Credit-Bnk. 11 1/2% bz

Luxemburg. 144% bz

Magdeburger do. 107% bz

Meininger do. 148% bz